

Perspektiven des Freundschaftsvertrags in höhere Arbeitsergebnisse umsetzen

Der Vertrag gewährt uns nicht nur Sicherheit gegen alle Angriffe von außen, sondern er festigt zugleich die ständig sich vertiefenden, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten. Durch die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, durch die weitere Spezialisierung und Kooperation der Produktion und die Annäherung und Abstimmung der nationalen Wirtschaft wird ein Höchstmaß an Produktivität für das Wohl unserer Völker und des Sozialismus gesichert.

Damit hilft uns der Vertrag, den umfassenden Aufbau des Sozialismus schneller zu verwirklichen.

Das Entscheidende beim umfassenden Aufbau des Sozialismus ist, daß wir das wissenschaftlich-technische Höchstniveau erreichen und die technische Revolution durchführen. Die Entwicklung der Wissenschaft und Technik ist das Kernstück des friedlichen ökonomischen Wettkampfes mit den imperialistischen Weltssystemen.

Für uns ergibt sich die Aufgabe, die Studenten so auszubilden und zu erziehen, daß sie für das Jahr 2000 gerüstet sind und unsere Forschung so zu profilieren, daß sie mit höchstem Nutzeffekt für die führenden Zweige unserer nationalen Wirtschaft wirksam wird.

Wir sollten deshalb in Vorbereitung des 15. Jahrestages der DDR die

Plandiskussion

dazu nutzen; auch den Entwurf der „Grundsätze für das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ zu diskutieren; um zu zwingenden Festlegungen für die Durchsetzung dieser Grundsätze zu gelangen. Das wird uns auch helfen, die Grundgedanken des neuen ökonomischen Systems an der TU zu verwirklichen.

Die Diskussion muß dazu führen, daß die Perspektive der Institute, der Fachrichtungen und Fakultäten, die Konzentration auf wissenschaftliche Schwerpunkte, die Koordinierung und Spezialisierung der wissenschaftlichen Arbeit und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit klar umrissen werden. Im Ergebnis der Plandiskussion muß gewährleistet werden, daß mit den vorhandenen Arbeitskräften und den zur Verfügung stehenden Mitteln die volle Auslastung der Ausbildungs- und Forschungskapazität gewährleistet wird. Deshalb sollte die Plandiskussion mit der exakten Kontrolle der Erfüllung der Arbeitsprogramme 1964 beginnen und mit der Ausarbeitung der gemeinsamen Arbeitsprogramme für 1965 beendet werden.

Die Erfahrungen der zurückliegenden Zeit lehren, daß die

Arbeitsprogramme

eines der entscheidenden Instrumente sind, um die sozialistische Erziehung der Menschen zu verbessern, die Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral zu erhöhen, erfolgreich den Kampf um die Erhöhung des Nutzeffekts der wissenschaftlichen Arbeit zu führen, die persönliche Verantwortung der Leiter und die Masseninitiative zu fördern und damit die sozialistische Demokratie zu stärken. Die Entwicklung der Arbeit mit dem bisher vorhandenen Arbeitsprogramm zeigt, daß die Institute immer mehr den Erfordernissen des neuen ökonomischen Systems und den Anforderungen der technischen Revolution an die Wissenschaft entsprechen. Sie sind damit ein wichtiger Beitrag der gewerkschaftlichen Arbeit zur Durchsetzung neuer Formen der Planung und Leitung der Wissenschaft.

Im Mittelpunkt der neu abzuschließenden Programme muß daher die Entwicklung der Masseninitiative für den Kampf um das Weltniveau in Lehre, Erziehung und in der Forschung stehen.

Jeder Kollege sollte überlegen, wie durch seine persönlichen Verpflichtungen der 15. Jahrestag der DDR vorbereitet werden kann.

15 Jahre DDR —

15 Jahre gemeinsame Arbeit in der Nationalen Front

In wenigen Wochen feiern wir den 15. Geburtstag unserer Republik. Der bevorstehende Jahrestag ist dazu ansetzend, Rückblick zu halten, um neue Kraft für die Aufgaben zu schöpfen, die heute, morgen und übermorgen zu lösen sind. In dem vergangenen anderthalb Jahrzehnt haben wir die materiellen und geistigen Trümmer einer unstillen Vergangenheit beseitigt und den ersten Friedensstaat auf deutschem Boden

Wir sollten die Plandiskussion zu folgenden wichtigen Schwerpunkten organisieren

● Einheit von Ausbildung und Erziehung und Einheit von Wissenschaft und produktiver Tätigkeit.

Wir müssen davon ausgehen, daß die Festigkeit und das Wachstum unseres

besteht. Im Plan Neue Technik für 1965 ist jedoch festgelegt, daß im viel stärkerem Maße als bisher, Institute unserer Universität Aufgaben aus dem Staatsplan unserer Republik verantwortlich bearbeiten. Andere Institute jedoch bearbeiten noch keine Staatspläne vorhaben.

Hier reift ein weites Betätigungsfeld für den Forschungsausschuß der TU wie auch für die Forschungsausschüsse der Fakultäten heran.

Aus dem Referat des Kollegen HARRY LETZ, UGL

sozialistischen Bildungssystems ein wichtiger Beitrag zur weitestweit Auseinandersetzung zwischen dem Sozialismus und Kapitalismus ist.

Gerade der Entwurf der „Grundsätze für das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ zeigt, mit welcher Kontinuität alle Veränderungen in unserem Bildungswesen auf lange Sicht geplant und sorgsam vorbereitet werden. Die ganze Konzeption der „Grundsätze“ ist auf eine enge Verbindung der sozialistischen Bildung und Erziehung mit den Erfordernissen der führenden Industriezweige unserer nationalen Wirtschaft besondere Berücksichtigung finden. Daher ist die Aussprache und das Studium dieses Dokuments von grundlegender Bedeutung sowohl für die ökonomisch-politische wie auch für die geistig-kulturelle Weiterentwicklung der Menschen unserer sozialistischen Gesellschaft.

● Ein besonderer Schwerpunkt der Diskussion wird das Ingenieurpraktikum sein. Wir wollen erreichen, daß ab Studienjahr 1965/66 alle Studenten der technischen Fakultäten im 4. Studienjahr ein Ingenieurpraktikum von einem Halbjahr Dauer ableisten. Dazu ist es notwendig, die Erfahrungen der jetzt laufenden Experimente ständig auszuwerten und zu popularisieren.

Ein zweiter Diskussionschwerpunkt ist das Problem der

● Einheit von Lehre und Forschung. Dabei ist im Zusammenhang mit der Diskussion der „Grundsätze“ und der Probleme des 5. Plenums des ZK der SED die Ausarbeitung des Forschungsplans der Arbeitsprogramme in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen.

Vor allem gilt es, darüber zu beraten und Festlegungen zu treffen, wie wir die Forschung noch besser auf die Schwerpunkte unserer nationalen Wirtschaft konzentrieren und die

sozialistische Gemeinschaftsarbeit

noch besser und zielstrebig anwenden können, um neue Wege im Kampf um den Weltstand in der Hochschulforschung beschreiten zu können.

Unsere wissenschaftlich-ökonomische Tätigkeit erhält ihr Gepräge in den nächsten Jahrzehnten vor allem durch die Chemisierung der Volkswirtschaft, die Vollmechanisierung und Automatisierung in Verbindung mit dem Übergang zu kontinuierlichen Produktionsprozessen und hochproduktiven Fertigungsverfahren sowie die Erschließung neuer Energiequellen und die Nutzung aller Energiereserven.

Es ist unbestreitbar, daß auf dem Gebiet der

Forschung

an unserer Universität große Fortschritte gemacht worden sind und daß bereits ein hohes Bearbeitungstempo

Da die materiellen und personellen Aufwendungen an der TU auf Kosten anderer Zweige der Volkswirtschaft nicht anwachsen werden, müssen wir beim Ausbau von Schwerpunktinstituten Stagnation bzw. den Rückgang einiger Disziplinen ins Auge fassen; denn zusätzliche Mitarbeiter und die benötigten finanziellen Mittel können nur durch Umverteilung innerhalb der TU freigesetzt werden. Wir müssen auch als Gewerkschaftsorganisation mit helfen, daß die Verteidigung der Aufgabenstellung der Lösungswege und der Arbeitsergebnisse der Forschung gemeinsam mit den Vertretern der Praxis erfolgen und eine klare Profilierung der Institute erreicht wird.

Diese Maßnahme ermöglichte die vorrangige Bearbeitung von

Schwerpunkthemen

in den einzelnen Bereichen. Leider wird sie von einigen Herren des Lehrkörpers noch abgelehnt, weil sie eine neue Erscheinung darstellt und selbstverständlich auch schwierig durchzuführen ist. Es gibt jedoch auch andererseits ein vorbildliches Arbeiten von Forschungsausschüssen auf diesem Gebiet, wie z. B. an der Fakultät für Bauwesen. Es ist auch gut, daß die Fakultätsgewerkschaftsleitungen für Math./Nat. und E-Technik die Initiative der Gründung von Forschungsausschüssen in ihren Fakultäten ergriffen haben und auch die FGL Maschinenwesen die Bildung des Forschungsausschusses unterstützt.

Das Bekenntnis zur Einheit von Lehre und Forschung bedingt, daß die Probleme des Studentenwettkampfes erörtert werden und ihren Niederschlag in den Arbeitsprogrammen 1965 finden müssen. Vor allem kommt es darauf an, solche Festlegungen zu treffen, die eine frühzeitige Einbeziehung der Studenten in die Forschungsarbeit sichern. Trotz der Festlegung des Konzeils des Lehrkörpers 1963 wurden keine Beispiele zur wirkungsvollen Entlastung der Oberstufenpläne und der unmittelbaren Einbeziehung der Studenten in die Forschungsarbeit geschaffen. Dieser Zustand sollte rasch überwunden werden.

Zu einem dritten Problemkreis der Plandiskussion gehört die

Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen

Dieser Problemkreis umfaßt so wichtige Gebiete, wie das Arbeitsklima am Institut, die Qualifizierung, den Arbeits- und Gesundheitsschutz, den Feriendienst wie auch die noch bessere und wirksamere Durchsetzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit. Dazu gehört aber genauso die Durchsetzung des strengen Sparsamkeitsregimes und in diesem Zusammenhang die Ausarbeitung genauer Belastungskennziffern, die Grundlage eines Leistungsvergleichs sein könnten.

Leider muß festgestellt werden, daß es zu diesen Problemen nur unge-

den geschaffen; einen Staat, der wachsende Anerkennung in aller Welt genießt und der gut vorbereitet in das moderne Zeitalter des Sozialismus hineinwächst.

Jeder von uns hat in den vergangenen 15 Jahren ein Stück der Geschichte des neuen Deutschlands miterlebt und mitgestaltet.

Dichter und Schriftsteller haben unseren Weg künstlerisch nachgezeichnet. Aber wie viele unserer Schritte vom Gestern zum Heute, vom Ich zum Wir, sind noch ungestaltet und unbekannt geblieben.

Der Nationalrat der Nationalen Front ruft Sie auf: Greifen Sie zur Feder und schreiben Sie in einfachen Worten

jenes persönliche Erlebnis oder Ereignis nieder, das Sie so recht erkennen ließ, daß die Deutsche Demokratische Republik ihr Staat, ihr Vaterland ist.

Was wird Ihre Mitbürger Interessieren? Sie möchten wissen, wie Sie und die Menschen in Ihrer Umgebung mit der Republik gewachsen sind; wie sich ihr Leben im Betrieb, in der Genossenschaft, in der Hochschule, in der Familie und im Haus verändert hat.

Senden Sie Ihren Beitrag bis zum 7. Oktober an den Bezirksausschuß der Nationalen Front.

Die interessantesten Einsendungen werden laufend in der Presse veröffentlicht werden. Die besten Arbeiten werden prämiert.

nügende Festlegungen in den Arbeitsprogrammen 1964 gegeben hat.

Wir möchten die heutige Gelegenheit nutzen; eine generelle Empfehlung zur Verbesserung der Arbeit an unserer Universität zu unterbreiten. Gerade die Diskussion über die Ausarbeitung der Institutsarbeitsprogramme hat gezeigt, wie notwendig es ist, die Verantwortung aller staatlichen Leiter zu erhöhen und die

Leitungstätigkeit

strenger zu organisieren. Um die vor uns stehenden Aufgaben bewältigen zu können, ist es unbedingt erforderlich, die Leitungstätigkeit auf ein höheres Niveau zu heben. Deshalb erwarten wir von Senat, daß ein neues Statut und eine Arbeitsordnung für die TU ausgearbeitet und zur Diskussion gestellt werden. Insbesondere müssen eindeutig die Verantwortungsbereiche aller staatlichen Leiter und die Aufgaben der kollektiven Beratungsorgane der staatlichen Leitungen herausgearbeitet werden. Damit werden wir auch der Direktive zum Abschluß der gemeinsamen Institutsarbeitsprogramme, die zwischen Staatssekretariat und Zentralvorstand vereinbart wurde, gerecht. Gleichzeitig entsprechen wir damit auch den Forderungen verschiedener Fakultätsgewerkschaftsleitungen und Fakultätsräte, wie z. B. der FGL und Rat der Fakultät für Technologie. Sie führten in Auswertung des neuen ökonomischen Systems ein heftiges wissenschaftliches Streitgespräch. In diesem Streitgespräch standen Probleme der Struktur der TU bis hin zum Staatssekretariat und die in den einzelnen Leitungsebenen bestehende Verantwortlichkeit an erster Stelle. Es wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß auf dem neuen System aufbauend, auch entsprechende Schlußfolgerungen für die Universität gezogen werden müssen. So sollte die Eigenverantwortung der Fakultätsräte gehoben werden, um bestimmte Entscheidungen näher an die Basis heranzuführen.

Selbstverständlich gilt es nicht nur Schlußfolgerungen für die staatliche Leitungstätigkeit zu ziehen, sondern wir müssen uns auch mit der eigenen Leitungstätigkeit beschäftigen, mit der Arbeit der UGL, des Sekretariats, der Kommissionen, der Fakultätsgewerkschaftsleitungen wie auch der Vertrauensleute.

Wir halten es für außerordentlich notwendig, daß alle Leitungen sich überlegen, wie sie den vorliegenden Maßnahmenplan durchsetzen wollen. Das aller Entscheidendste werden aber die

gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen

sein. Die gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen sind Forum der Diskussion aller mit der Vorbereitung des 15. Jahrestages zu behandelnden Aufgaben; sie sind gleichermaßen auch das wichtigste Instrument zur Festlegung und Kontrolle der Erfüllung dieser Aufgaben. Darum ist es notwendig, daß den Vertrauensleuten durch alle Leitungen umfassende Hilfe gewährt wird. Das sollte sowohl auf Vertrauensleute-Vollversammlungen der Fakultäten und Abteilungen, wie auch durch Einzelberatungen mit den Vertrauensleuten erfolgen.

Wie wollen wir den

Ablauf der Plandiskussion

organisatorisch sichern? Die Diskussion zu den hier aufgeworfenen Fragen sollte bis Anfang September 1964 in den Gewerkschaftsgruppen durchgeführt werden. Bis zum 15. September 1964 sollte die Rechenschaftslegung der Institutsdirektoren über die Erfüllung der Arbeitsprogramme und die perspektivischen Aufgaben der Institute sowie die Erarbeitung der Institutsarbeitsprogramme für 1965 erfolgen.

Auf diesen Rechenschaftslegungen sollte auch eine Einschätzung über den Verlauf und die Ergebnisse der Plandiskussion vorgenommen werden. Bis zum 30. September 1964 sollten die Dekane Rechenschaft auf einer Vertrauensleute-Vollversammlung, die gemeinsam mit dem Lehrkörper durchgeführt werden sollte, legen und über die Erfüllung der Aufgaben der Fakultät und über die in Angriff zu nehmenden Arbeiten für das Jahr 1965 berichten.

Höhepunkt und Abschluß der Plandiskussion an der TU sollte eine am Vorabend des 15. Jahrestages zu veranstaltende festliche Vertrauensleute-Vollversammlung gemeinsam mit dem Lehrkörper sein, auf der der Rektor den Rechenschaftsbericht der Technischen Universität vorträgt.

INDEX 33 602

Herausgeber: SED-Universitätsparteilicheitung der Technischen Universität Dresden, Redaktionskollektiv, Redaktion, Dresden A 17, Holzhofstraße 4, Telefon: Elvabü 63 81 81, Redaktionsleiter: Thomas Gröbel. Fotos, soweit nicht anders vermerkt: TU-Bildstelle. Für unverlangt eingesandene Manuskripte erw. wird keine Haftung übernommen. Veröffentlichung unter der Lizenznummer 12, beim Rat des Bezirkes Dresden. Druck: (02/196) Südliche Zeitung, Dresden, Julian-Grimm-Allee.

FRAGEN UNSERER BELEGSCHAFT zum Freundschaftsvertrag

In den Diskussionen über die Reise Walter Ulbrichts in die Sowjetunion und die Ergebnisse dieser Reise wurde von den meisten Gesprächspartnern der Vertrag aufrichtig begrüßt. Aber es gab auch eine Reihe von Fragen, die noch ein gewisses Unverständnis für die Bedeutung dieses historischen Dokumentes erkennen lassen. So wurden in Versammlungen und Gesprächen u. a. folgende Fragen gestellt:

● Was ist die Deutsche Friedensdoktrin?

Hierauf antwortet: Dr. LOTHAR BOLZ, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik.

„Der Vertrag vom 12. Juni 1964 festigt die internationale Stellung unserer Republik. Er macht erneut deutlich, daß kein Problem der europäischen Sicherheit ohne oder gar gegen die Deutsche Demokratische Republik gelöst werden kann. Daraus ergibt sich die zwingende Schlußfolgerung, daß die Interessen des Friedens es erfordern, die Realitäten auf deutschem Boden anzuerkennen und normale Beziehungen zu beiden deutschen Staaten herzustellen. Daher muß der Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im engsten Zusammenhang mit der von Walter Ulbricht in seiner großen Rede im Kongreßpalast des Kreml verkündeten Deutschen Friedensdoktrin gesehen werden.“

■ DIE DEUTSCHE FRIEDENSDOKTRIN LAUTET:

● Anerkennung der Gleichberechtigung beider deutscher Staaten und Achtung ihres Selbstbestimmungsrechtes sichern den Frieden in Deutschland und in Europa und bahnen den Weg für die Wiedervereinigung zu einem friedliebenden Deutschland.

● Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen gibt mehr Sicherheit in Europa.

● Normalisierung der Beziehungen der Staaten Europas, Asiens, Afrikas, Amerikas zu beiden deutschen Staaten fördert die Sicherheit in Europa und die Verständigung der Deutschen.

Die Deutsche Friedensdoktrin geht also von der weltpolitischen Lage aus und berücksichtigt die konkrete Situation auf deutschem Boden. Ihr liegt die Überlegung zugrunde, daß wir uns dem Ende der Nachkriegszeit nähern, die in eine Zeit stabiler Friedensumstände unsere große nationale und internationale Pflicht ist. In einer vergifteten Nachkriegsmosphäre kann der Weltfrieden nicht gedeihen. Der Friede der Welt erfordert die Achtung der souveränen Gleichheit aller Staaten und die Entwicklung einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen ihnen. Die Völker der Welt wissen: Jetzt müssen wir wirksame Schritte zur internationalen Entspannung setzen. Die aus dem zweiten Weltkrieg resultierenden Spannungsherde müssen beseitigt werden. Vor allem im Herzen Europas müssen durch Achtung der Souveränität

■ DIE DURCHSETZUNG DER DEUTSCHEN FRIEDENSDOKTRIN IST NOTWENDIG,

- weil sie dem Erfordernis entspricht, im Herzen Europas eine Atmosphäre des Friedens, der Achtung der souveränen Rechte der Staaten und der schlichten Zusammenarbeit zu schaffen;
- weil sie zur Überwindung der Politik des Revanchismus und der Atomrüstung in Westdeutschland und damit zur Entschärfung eines der gefährlichsten Spannungsherde in der Welt beiträgt;
- weil sie die Herstellung einer stabilen Friedensordnung in Europa unterstützt und den Weg zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung erleichtert;
- weil sie der Tatsache Rechnung trägt, daß die Einheit der deutschen Nation nur wiederhergestellt werden kann, wenn in Westdeutschland mit Revanchepolitik und Atomrüstung Schluß gemacht wird und es zu gleichberechtigten und von ausländischer Bevormundung freien Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten kommt;
- weil sie zur Normalisierung der Beziehungen aller Staaten zu beiden deutschen Staaten führt und damit einen Faktor der Störung sachlicher internationaler Beziehungen beseitigt.

Fassen wir zusammen:

Solange Friede, territoriale Integrität und Souveränität in einem Teil der Welt mißachtet werden, sind Friede und Recht in allen Teilen der Welt gefährdet. Die Unterstützung der Deutschen Friedensdoktrin liegt daher im Interesse eines jeden Staates und eines jeden Volkes.

Die Deutsche Friedensdoktrin enthält für alle an der Verständigung interessierten Kräfte durchaus annehmbare Forderungen; sie beschränkt sich auf die für den Frieden und normale internationale Verhältnisse unerlässlichen Gebote.

Wer Frieden und Sicherheit will, muß an der Entwicklung normaler gleichberechtigter Beziehungen zu beiden deutschen Staaten und zwischen ihnen interessiert sein. Damit dient er den eigenen Interessen und dem Frieden. Mit den bedeutsamen Dokumenten von Moskau beginnt eine neue Zeit unserer Beziehungen und unserer Zusammenarbeit. Sie fordern auch den besonderen Einsatz aller in der Nationalen Front vereinigten Kräfte des Fortschritts.“